

Halbwahrheiten und Emotionen helfen nicht!

Mit Erstaunen haben wir die von den Herren Reese, Staßer und Kölling in dem Bericht getroffenen Aussagen zur Kenntnis genommen und stellen daher als Verhandlungsführer der Wrestedter SPD im Rahmen der Fusionsverhandlungen folgendes fest:

Eine Absprache oder Vereinbarung über den Standort des zukünftigen Bürgerbüros in Bad Bodenteich hat es mit uns zu keiner Zeit gegeben.

Die Einrichtung eines Bürgerbüros in Bad Bodenteich war hingegen nie strittig. Der amtierende Bürgermeister der Samtgemeinde Aue, Harald Benecke, hat zu der Berichterstattung auf dem Rechnungstag in Stadensen am vergangenen Samstag (04.02.2012) unmissverständlich ausgeführt, dass er den hier in Rede stehenden Bericht für unglücklich hält und dabei auch klargestellt, dass es eine derartige Vereinbarung nie gegeben hat.

Am Montag (06.02.12) erfolgte weiterhin eine ausführliche Klarstellung in einem Rundschreiben des Bürgermeisters der Samtgemeinde Aue an die Ratsmitglieder.

Dies bestätigt unsere Aussage nachhaltig und endlich wird unmissverständlich deutlich, dass die CDU schon zum damaligen Zeitpunkt die Verhandlungen parteiintern und eben nicht, wie immer behauptet, ergebnisoffen mit allen Beteiligten geführt hat.

Offensichtlich rächt sich nun die damalige Vorgehensweise der CDU, die von uns an verschiedene Stellen immer wieder kritisiert wurde.

Besonders überrascht uns, dass sich auch der ehemalige Bürgermeister Kölling in diesem Artikel mit offensichtlich falschen Fakten zitieren lässt.

Wir stellen uns die Frage, ob er schon vergessen hat, was er selbst initiiert und unterschrieben hat? Oder geht es ihm eher darum, dass auf keinen Fall etwas über seine „besondere Art“ des Umgangs mit Andersdenkenden im Rahmen der Fusionverhandlungen bekannt werden soll, die wir in weiten Teilen als überheblich und borniert empfunden hatten?

Vor diesem Hintergrund fordern wir die gesamte CDU in der Samtgemeinde Aue auf, die anstehenden Themen endlich auf sachlicher Ebene zu diskutieren und unsachliche Presseveröffentlichungen Einzelner zu unterbinden.

Die Bevölkerung erwartet zu Recht sachliche Lösungen und keine emotionalen Berichte in den Medien. Der Zukunftsvertrag verpflichtet uns zum Sparen, und dies sollte vorher jedem Beteiligten klar gewesen sein.

Abschließend werfen wir bewusst die Frage auf, warum eine Rathaus in Bad Bodenteich als Standort für das Bürgerbüro zwingend erhalten werden muss, wenn selbst die Beschwerdeführer im Artikel mit den Worten zitiert werden „In fünf Jahren müssen wir nach einer Alternative suchen“.

Stadensen, 06.02.2012

Kai Städing

Andreas Dobsław